

# ***Wir stehen ein für Frieden und Menschenrechte***



41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller\*in: KV Aschaffenburg-Stadt  
Beschlussdatum: 24.04.2017

## **Änderungsantrag zu WB-FM-01**

### **Von Zeile 138 bis 141:**

wollen wir auf das Auswärtige Amt übertragen. Über die Exportgenehmigungen soll künftig die gesamte Bundesregierung im Konsensprinzip entscheiden. ~~In besonders heiklen Fällen soll der~~Der Bundestag ~~soll~~ vorab über anstehende Genehmigungen informiert werden. Wir wollen Nichtregierungsorganisationen ein Verbandsklagerecht einräumen, um genehmigte